

Antworten der FDP

Ralf Witzel MdL, Bildungspolitischer Sprecher FDP NRW
und Landesvorstandsmitglied FDP NRW



1. Prioritäten

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei nach der Wahl als erste ergreifen, um die schulische Bildung in Nordrhein-Westfalen zu verbessern?

Die FDP hält einen Politikwechsel bei der Landtagswahl im Mai weg von Rot/Grün für unverzichtbar, um die Bildungschancen der jungen Generation grundlegend zu verbessern.

Unter den westdeutschen Flächenländern nimmt NRW beim PISA-Test den vorletzten Platz ein; in kaum einem anderen Land ist der Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft so groß wie hier. 25 bis 30% aller Jugendlichen in NRW gehören zur PISA-Risikogruppe, der aufgrund von gravierenden Bildungsmängeln im späteren Leben Probleme beim Berufseinstieg und bei ihrer persönlichen Lebensführung drohen. Immer mehr Jugendliche verlassen die Schulen ohne Abschluss, und Abschlüsse sind immer weniger wert.

Rot/Grün ist für diesen Bildungsabbau verantwortlich: Schüler in NRW werden zu wenig gefördert und gefördert. Heute rächt sich, dass Rot/Grün Leistungsorientierung und Erziehungswerte kontinuierlich zurückgedrängt und bei den Ressourcen gespart hat. Standards wurden gesenkt, den Lehrerkollegien fehlt ein gesunder Altersmix, immer mehr Unterricht fällt aus, und der stattfindende Unterricht wird immer stärker fachfremd oder durch nicht qualifiziert ausgebildete Seiteneinsteiger erteilt.

Drei Jahre nach dem PISA-Schock hat sich die desolante bildungspolitische Situation unseres Landes leider immer

noch nicht verbessert. Denn Rot/Grün hat sich als handlungsunfähig erwiesen, notwendige Qualitätsverbesserungen umzusetzen. Das ist das große Versäumnis nach PISA.

Anstelle eines unfruchtbaren Schulstreits müssen Unterrichtsbedingungen und Unterrichtsqualität unverzüglich und nachhaltig verbessert werden. Wir brauchen sofort qualitative Verbesserungen in der Lehrerbildung, bei der Methodik und der Didaktik des Unterrichts und ein besseres Schulklima, das die Lernmotivation fördert. Wir müssen dazu die notwendigen Ressourcen bereitstellen, um mehr individuelles Lernen und eine zielgerichtetere Förderung jedes einzelnen entsprechend seiner Begabungen zu ermöglichen. Dies sind die eigentlichen bildungspolitischen Herausforderungen in Zeiten von PISA.

Die FDP will daher:

- Beibehalt eines gegliederten begabungsgerechten Bildungssystems und einer schulformspezifischen Schulaufsicht des Landes
- Beibehalt verbindlicher Stundentafeln, Lehrpläne, Notengebung und Versetzungsordnungen
- mehr Geld für Bildung, Erziehung und Betreuung im Landeshaushalt
- freie Wahl des Schulstandortes und fairer Wettbewerb zwischen allen öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen
- weniger Bürokratieaufwand und mehr Schulautonomie der Einzelschule bei gleichzeitiger Rechenschaftspflicht und Schulranking
- Abschaffung aller Gesamtschulprivilegien und Umbau der integrierten Gesamtschulen zu additiven Systeme-



Ralf Witzel

Der 1972 in Essen geborene Diplom-Kaufmann und Personalreferent für Führungskräfteentwicklung ist seit seinem 16. Lebensjahr Mitglied der FDP, seit seinem 14. Lebensjahr Mitglied der Jungen Liberalen. Im Jahre 2000 wurde er Abgeordneter des Landtages NRW und bildungspolitischer Sprecher für die FDP. Für diese ist er außerdem seit 1994 u. a. in deren Landesvorstand tätig. Des Weiteren ist Ralf Witzel Fördermitglied der LIBERALEN SCHÜLER NRW. Seine Hauptinteressengebiete sind Bildungs – und Jugendpolitik.

- men ohne Gesamtschuloberstufen
- mehr echte qualitätsorientierte Ganztagsangebote für alle Schulformen
- kleinere Klassen und individuelle Förderressourcen durch bessere Personalausstattung aller Schulen mit Wiedereinführung der Vertretungsreserve und einem Unterrichtssicherungsgesetz
- weniger Abwahlmöglichkeiten sowie mehr Verbindlichkeit und Vergleichbarkeit von Abschlüssen durch Standards, eine neue Leistungskultur und

landeseinheitliche Abschlussprüfungen

- Wiedereinführung der Grundschulzeugnisse mit Notengebung ab Klasse 1
- Wiedereinführung der Unterrichtsfächer Physik, Chemie, Biologie
- Stärkung der Wertebildung und der disziplinarischen Rechte der Lehrer
- mehr Praxisnähe in einer qualifizierten Lehrerausbildung bei weniger Seiteneinsteigern
- Einführung vorschulischer Bildung im Kindergarten
- früherer Bildungsbeginn und Senkung des Einschulungsalters um ein Jahr.

Die Überwindung sozialer Disparitäten bei der Wahrnehmung von Bildungschancen ist die neue soziale Frage der 21. Jahrhunderts. Eine Schule, die Leistung fordert und fördert, ist sozial gerechter als der rot/grüne Verfall des öffentlichen Schulwesens in NRW. Leider haben die PISA-Befunde in alarmierender Weise belegt, dass in Nordrhein-Westfalen im Vergleich der Bundesländer die engste Koppelung von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb besteht. NRW ist auch in diesem Bereich wieder einmal Schlusslicht.

Der FDP ist fest entschlossen, die beschämende Korrelation von Bildungschancen und sozialer Herkunft zu durchbrechen. Die Folgekosten der heute unterlassenen Förderung von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern werden unsere Gesellschaft noch teuer zu stehen kommen. NRW verliert jedes Jahr Zehntausende intelligenter Kinder infolge mangelnder Förderung in die Jugendarbeitslosigkeit.

Ohne einen liberalen Politikwechsel wird NRW das Schlusslicht im Bundesländervergleich nicht endlich abgeben.

2. Schulstruktur: Welche Veränderungen an dem bestehenden Schulsystem hält Ihre Partei für unverzichtbar?

Aus Sicht der FDP besteht schulstrukturell nur Handlungsbedarf bei den Gesamtschulen, die von integrativen Systemen hin zu kooperativen Schulzentren mit klarer Bildungsgangdifferenzierung umgebaut werden müssen und auf die Sekundarstufe I beschränkt werden. Wir müssen mit Bildungsprozessen und Förderung früher beginnen. Dies bedingt zusätzliche Finanzressourcen, aber auch eine Umschichtung im System: Wir schaffen die ressourcenvergeudende gymnasiale Oberstufe an Gesamtschulen ab und gewinnen durch die Konzentration der Sek-II-Bildungsgänge auf Gymnasium und Berufskolleg mehr Förderressourcen für die frühen Jahre. Das stark revisionsbedürftige Gesamtschulkonzept muss mit tiefgreifenden Reformen modernisiert und auf Prinzipien der Leistungsfähigkeit sowie Bildungsökonomie nachhaltig verpflichtet werden.

Die aktuellen Lernstandserhebungen der neunten Jahrgänge zeigen: 25% der Gesamtschüler erreichen nur das niedrigste Kompetenzniveau in den elementaren Kulturtechniken Deutsch, Englisch sowie Mathematik, und nur 12% erreichen die beiden oberen der insgesamt fünf Niveaustufen, die Voraussetzung für den Übertritt in die Oberstufe sind. Seit der Veröffentlichung der landesweiten Abiturjahrgangszahlen Ende letzten Jahres durch das MSJK ist nun bekannt, dass viele nordrhein-westfälische Gesamtschuloberstufen nicht mehr leistungsfähig sind und hier erhebliche Ressourcen ineffizient verbraucht werden, die dem übrigen Schulsystem fehlen. Mehr als die Hälfte der Abiturjahrgänge an Gesamtschulen verfügt nicht mehr über die für die Einrichtung einer Gesamtschuloberstufe gesetzlich vorgeschrie-

bene Schülerzahl von 42. An den Gesamtschulen verfügen jedoch 30 Prozent der Abiturjahrgänge über weniger als 30 Schüler und 56 Prozent über weniger als 40 Schüler. Nur 19 Prozent der Gesamtschuloberstufen haben mindestens 50 Schüler. Umgekehrt unterschreiten nur 5 Prozent der Abiturjahrgänge an Gymnasien die 42er Sollstärke für die Errichtung eines Oberstufenjahrgangs. Die überwiegende Jahrgangsgröße an Gymnasien liegt zwischen 70 und 80 Schülern.

Im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung und daraus mittelfristig erwachsenden Überkapazitäten im Bereich der Sekundarstufe II führt der eingangs dargestellte Trend zu der grotesken Situation, dass Traditionsgymnasien zur Schließung anstehen, während parallel Restgrößen von Gesamtschuloberstufen aufrechterhalten werden. Viel sinnvoller wäre es, die vorhandenen Gymnasien in ihrer Auslastung zu stabilisieren, indem ihnen der kleine Teil qualifizierter Schüler in Gesamtschuloberstufen zukünftig zugeführt würde.

Aus unterschiedlichen Evaluationen der Validität der Abiturnoten durch das Bildungsministerium ist zugleich bekannt, dass ein erheblicher Bewertungsunterschied von Prüfungsleistungen der Abiturjahrgänge an Gymnasien und Gesamtschulen besteht. Im Ergebnis werden für viele leistungsschwache und kleine Gesamtschulsysteme enorme Finanzressourcen gebunden, was jeglichen Grundsätzen der Bildungsökonomie widerspricht.

Wird Ihre Partei nach der Wahl eine gemeinsame Schule für alle Schüler bis zum Ende der Klasse 10 oder bis zu einer anderen Klassenstufe einführen?

Auf gar keinen Fall: Die FDP lehnt die Einheitsschule strikt ab und setzt sich

für eine Qualitätssteigerung in einem differenzierten und begabungsgerechten Bildungssystem ein.

Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungskoalition die Einführung der Einheitsschule als Bedingung eines Koalitionspartners erfüllen?

Auf gar keinen Fall: Die Qualitätssteigerung im heruntergewirtschafteten rot/grünen Bildungssystem ist die Hauptaufgabe nach dem Politikwechsel in NRW. Mit einer nivellierenden Einheitsschule ist dies nicht zu machen.

Wie soll ein evtl. beabsichtigter Umbau des Schulsystems finanziert werden?

Die gewonnenen Finanzmittel durch Zurückführung des ineffizienten Gesamtschulbetriebs kommen einer besseren Förderung aller Schüler und der verstärkten Einrichtung nachfrageorientierter Ganztagsangebote in allen Schulformen zugute.

Wird Ihre Partei Verbundschulen einführen?

Es ist nicht das Ziel der FDP, Verbundschulen einzuführen. Es gibt nur eine Konstellation, bei der der organisatorische Verbund unterschiedlicher

Schulen in einem Schulzentrum Sinn macht, nämlich dann, wenn aufgrund der Schülerzahlenentwicklung ein vorhandenes differenziertes Schulanbot zukünftig auszulaufen droht. Dann ist es besser, mehrere einzügige Bildungsgänge bleiben differenziert unter dem Dach eines Schulzentrum erhalten, bevor diese Differenzierung entfällt und eine Einheits-Gesamtschule die weitere Beschulung übernimmt.

3. Schulgesetz und Schulaufsicht:

Wird Ihre Partei einzelne Regelungen des gerade verabschiedeten Schulgesetzes zurücknehmen und gegebenenfalls welche? Welche bislang nicht erfüllten Forderungen der Landeselternschaft der Gymnasien in ihrer Stellungnahme zum neuen Schulgesetz wird Ihre Partei sich zu eigen machen?

In weiten Teilen besteht eine Übereinstimmung der Vorstellungen der Landeselternschaft mit den bildungspolitischen Zielsetzungen der FDP. Der Bildungsbereich wird daher nach dem

Politikwechsel im Mai 2005 das Politikfeld sein, bei dem zeitnah der größte rechtliche Überarbeitungsbedarf besteht. Das bisherige rot/grüne Schulrecht wird einer Generalrevision unterzogen, damit viel beschlossener Unsinn noch rechtzeitig gestoppt werden kann, bevor die Neuregelungen überhaupt inkrafttreten.

Die Leitlinien der FDP für eine Überarbeitung des Schulrechts bilden dabei die in Frage 1 unter „Prioritäten“ dargestellten Zielsetzungen.

Wird Ihre Partei den eingeschlagenen Weg hin zu einer dezentralen, schulformübergreifenden Schulaufsicht fortsetzen?

Auf gar keinen Fall: Wir wollen weder die Einheitsschule noch deren Vorbereitung durch die Einheitsschulaufsicht. Aus Gründen der Vergleichbarkeit muss zukünftig eine Fachaufsicht des Landes für die Herstellung von Qualität, Validität und Notengerechtigkeit sorgen.

Wird Ihre Partei zusätzliche Institutionen zur Steuerung des Schulwesens einrichten, welche Aufgaben sollen von wem übernommen werden?

VBE: Offene Ganztagschule ist und bleibt keine Antwort auf PISA

Landesregierung nimmt Kommunen in den finanziellen Würgegriff

„Der so genannte Erfolg der offenen Ganztagsgrundschule liegt nicht in erster Linie daran, dass die Kommunen von deren Konzept überzeugt sind“ kritisiert Udo Beckmann, Landesvorsitzender der Lehrgewerkschaft Verband Bildung und Erziehung, die Aussagen von Schulministerin Schäfer zum Erfolg der offenen Ganztagschulen. „Die Landesregierung hat die Kommunen gezielt in den finanziellen Würgegriff genommen, indem sie die finanzielle Unterstützung alternativer Betreuungsangebote einstellt und so letztlich zur Schließung der Horte zwingt.“ Hinzu komme der gesellschaftliche Druck auf die finanziell gebeutelten Kommunen.

In diesem Zusammenhang, so Beckmann, sei es fast schon zynisch, wenn die Ministerin öffentlich frage, was die Kommunen denn daran hindere, den durch den Wegfall eines Hort-

platzes frei werdenden Geldbetrag gezielt zur Förderung von Kindern einzusetzen. Bekmann: „Das ist fast so, als ob ich den Bürgern sage, Ihr könnt Auto fahren, so viel ihr wollt' und gleichzeitig das Benzin rationiere!“

Die offene Ganztagschule, so der VBE-Landesvorsitzende, biete zwar eine Antwort auf die familien- und sozialpolitischen Herausforderungen unserer Zeit. „Sie ist aber keine Antwort auf die bildungspolitischen Herausforderungen nach PISA. Das zeigt sich schon darin, dass die meisten Kommunen die Lehrerstellenanteile kapitalisieren. Bei der Offenen Ganztagschule geht es um eine Betreuung von Schulkindern – das hat nichts mit der Steigerung von Bildungsqualität zu tun“, kritisiert Beckmann. Schon aufgrund der Gruppengröße könne die offene Ganztagschule keine so intensive Betreuung wie die Horte leisten. Beckmann: „Es fehlt immer noch ein verbindliches Raumprogramm, das die Kom-

munen zwingt, angemessene Voraussetzungen für ganztägige Betreuung an den Schulen zu schaffen. Hinzu kommt, dass die Qualitätsstandards für das Personal unzureichend sind.“ Nicht zuletzt sei die Einführung der offenen Ganztagschule für die Schulen eine deutliche Mehrbelastung.

11.05.2004

Verband Bildung und Erziehung - Landesverband NRW (VBE)

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) ist eine Berufsorganisation für Lehrerinnen und Lehrer der Grundschulen, Hauptschulen, Sonderschulen und Gesamtschulen sowie für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, für Erzieherinnen und Erzieher, für Studierende und Lehrende an Hochschulen und in den Studienseminaren. Eingeschlossen sind auch alle Personen, die sich in der Ausbildung zu einem der o.g. Berufe befinden.

Verstärkte Eigenständigkeit erfordert die Entwicklung professioneller interner wie externer Evaluation, um Transparenz über die Leistungen der Schulen zu schaffen, die den Wettbewerb fördert. Schulen, Lernangebot und Lernerfolge sind regelmäßig durch unabhängige Zertifizierungsagenturen zu überprüfen und zu bewerten. Die Untersuchungsergebnisse sind zu veröffentlichen. Sie dienen auch der Transparenz für Eltern, Schüler und für die Vergabe zusätzlicher öffentlicher Finanzmittel.

Wie wird Ihre Partei evtl. geplante Veränderungen der Schulaufsicht finanzieren?

Eine Konzentration der bislang von den Fachdezernenten in fünf Bezirksregierungen wahrgenommenen Parallelaufgaben bei einer Stelle im Land erwirtschaftet Ressourcen, die für eine verstärkte Qualitätsentwicklung genutzt werden können.

4. Lehrerversorgung am Gymnasium:

Wie will Ihre Partei dem Unterrichtsausfall entgegenreten?

Wir wollen nach dem Politikwechsel den enormen Stundenausfall in NRW mit einem Unterrichtssicherungs-gesetz wirkungsvoll bekämpfen. Schüler und Eltern erhalten damit ein Anrecht auf Nachholung von ausgefallenem Unterricht.

Wird Ihre Partei die Schüler/Lehrer-Relation am Gymnasium verändern und eine Stellenreserve einführen?

Wir wollen mit einer besseren Schüler/Lehrer-Relation und kleineren Klassen sorgen, dass jeder Schüler individuell gefördert wird. Hoch- und weniger Begabte werden dann eher erkannt und können ihren Fähigkeiten entsprechend besser gefördert werden. Schule vor Ort soll einen 5%igen Stellenzuschlag im Vergleich zum heutigen Status Quo bekommen, der beispielsweise für die Wiedereinrichtung einer Stellenreserve genutzt werden kann.

Wird Ihre Partei kleinere Klassen am Gymnasium ermöglichen?

Wir wollen ein Drittel aller Landesausgaben auf Bildungszwecke konzentrieren. Für den Schulbereich bedeutet dies, dass wir in einem ersten Schritt den Bildungsabbau der letzten zehn Jahre rückgängigmachen wollen mit 8.000 Lehrerneueinstellungen. Dies eröffnet Schulen die Möglichkeit, kleinere Lerngruppen einzurichten.

5. Individuelle Förderung der Schüler:

Wie wird Ihre Partei individuelle Fähigkeiten und vorhandene Defizite von Schülern am Gymnasium fördern bzw. beseitigen?

Jedes Kind erhält in nordrhein-westfälischen Schulen vom Beginn der Schullaufbahn an ein Anrecht auf bestmögliche individuelle Förderung. Fördern und fordern sind zwei Seiten einer Medaille. Talent und Neigung müssen für eine optimale Entwicklung ebenso frühzeitig diagnostiziert werden wie Lernschwächen. Wir wollen neben dem Pflichtunterricht zusätzliche Angebote für Förderung und Engagement in Schulen ermöglichen und Anreize dafür setzen. Dazu können auch zusätzliche freiwillige Angebote am Nachmittag beitragen.

Welche zusätzlichen Personalressourcen wird Ihre Partei für diese Förderung bereitstellen?

Seit Jahren macht sich die FDP für eine Stellenaufstockung um 5% und

damit 8.000 neue Stellen stark. Wir müssen in Bildung investieren anstatt weiter die Vergangenheit zu subventionieren.

6. Schulzeitverkürzung am Gymnasium

Wie hoch wird die Anzahl der Wochenstunden am Gymnasium - aufgeteilt nach Sekundarstufe I und II - bei einem Abitur nach acht Jahren sein?

Die bundesweit vorgeschriebenen KMK-Richtwerte zur wechselseitigen Anerkennung des Abiturs von 265 Wochenstunden sind als Minimum unbedingt einzuhalten. Wünschenswert ist gewiss, dass Schüler aus Interesse an zusätzlichen Angeboten insbesondere in höheren Jahrgängen auch freiwillig mehr Angebote belegen. Dafür muss die bestehende absurde Kurshöchstbelegung für Schüler entfallen, die gern mehr als die rechtlich vorgeschriebene Bildung erhalten möchten.* Das FDP-Modell für eine qualitätsvolle Schulzeitverkürzung sieht 197 Stunden für die Sek. I und 68 Stunden für die Sek. II vor.

7. Ganztagschule:

Wird Ihre Partei für die Einrichtung von echten Ganztagsgymnasien finanzielle Mittel aus dem Landshaushalt oder aus dem Förderprogramm des Bundesbildungsministeriums bereitstellen?

Selbstverständlich: Ganztagschulen als freiwillige Angebotsschulen soll es in einem fairen Wettbewerb aller

* Für die gymnasiale Oberstufe strebt die FDP die Einschränkung der Abwahlmöglichkeiten und die Konzentration auf 5 Abiturkernfächer an, die um Ergänzungs- und Profulfächer komplettiert werden:

Kernkompetenzfächer					Ergänzungsfächer			Profulfächer		Seminarfach
D	M	E	GW	NW	FS ²	K/M/S	R/P	P1	P2	Propädeutik
4	4	4	4	4	3	3	2	2	2	2
20					8			4		2
34										

Die Stundentafel der FDP für die Sek. I finden Sie auf der Homepage der Landeselternschaft.

Schulformen für jeden Standort geben, an dem Eltern entsprechend optieren.

8. Selbstständige Schule: Welche Freiräume wird Ihre Partei den Gymnasien eröffnen, - bei der Lehrereinstellung,

Alle Gymnasien haben das Recht, Pädagogen mit einer qualifizierten Lehrerausbildung selbst auszuwählen und einzustellen.

- bei der Unterrichtsgestaltung?

Wir werden Schulen die Freiheit geben, jenseits der Kultusbürokratie in organisatorischen, personellen und finanziellen Belangen sowie für die Heranbildung des Schulprofils eigenverantwortlich zu entscheiden, was die beste Lösung ist. Qualitative Anforderungen wie verbindliche Stundentafeln, Lehrpläne, Notengebung und Versetzungsordnungen bleiben aber klar bestehen. Die rot/grüne Schule der Beliebigkeit lehnen wir ab.

9. Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung: Wie wird Ihre Partei Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung gestalten?

Wir wollen eine Wettbewerbslandschaft aller Schulen im Qualitätswettbewerb um das beste Angebot. Es sind Mindestqualifikationen in Kernfächern festzulegen für die landesweit einheitlich geprüften Abschlüsse: Mittelstufenprüfung, Übertritt in die Sekundarstufe II, Allgemeine Hochschulreife. Die Sekundarstufe II schließt nach Ende der Klasse 12 mit einem landesweit einheitlich geprüften Zentralabitur ab.

Ferner sind folgende Maßnahmen für eine Qualitätsoffensive notwendig:

- Veränderung der Stundentafel mit dem Ziel einer kontinuierlicheren Unterrichtung aller Fächer
- Aufhebung des Drittelerlasses
- Beibehalt von Noten und Versetzungsordnungen mit einer Reduzierung der Nachprüfungsmöglichkeit auf wenige Ausnahmefälle (lange

Krankheit, Seiteneinsteiger) und Rückführung der Versetzungsbestimmungen auf die Grundregel: keine Versetzung bei mehr als einer mangelhaften Leistung in Hauptfächern

- Der bedarfsdeckende Unterricht, bei dem Lehramtsreferendare größtenteils ohne Betreuung unterrichten, um Unterrichtsausfälle zu kompensieren, wird ersatzlos gestrichen. Das Land hat stattdessen dafür Rechnung zu tragen, dass genügend Lehrerstellen geschaffen werden, so dass nicht nur Unterrichtsausfall kompensiert wird, sondern dass auch in Zukunft eine effiziente und fundierte Ausbildung der Lehramtsreferendare gewährleistet ist.
- Zukünftig neueinzustellende Pädagogen sollen über eine qualifizierte Lehrerausbildung verfügen. Der Trend, immer mehr Stellen mit Seiteneinsteigern zu besetzen, muss gestoppt werden. In der Ausbildung sind Praxissemester im Schulbetrieb so frühzeitig vorzusehen, dass Korrekturen im Berufswunsch (= Studienwechsel) noch vorgenommen werden können. Zentrale Voraussetzung für Qualitätsverbesserungen nach PISA ist ein Paradigmenwechsel in der Lehrerausbildung, der die Pädagogik wieder in den Vordergrund rückt.
- Lehrerfortbildung ist eine regelmäßige, verpflichtende und nachzuweisende Weiterqualifizierungspflicht.
- Die disziplinarischen und pädagogischen Rechte der Lehrer werden gestärkt. Durch massiven Bürokratieabbau können sich Lehrer wieder auf ihre Kernaufgabe qualifizierter Unterrichtserteilung, Erziehung und Beratung der Schüler konzentrieren. Bei Bedarf werden die Schulen durch Sozialpädagogen unterstützt. Dadurch gewinnt auch der Lehrerberuf in Zeiten drohenden Fachlehrermangels eine neue Attraktivität.

Wie transparent wird Ihre Partei Ergebnisse der Qualitätsüberprüfung machen?

So transparent wie möglich: Schüler und Eltern haben ein Anrecht darauf zu erfahren, welche Leistungsergebnisse ihre Schule gemessen an den Zielvorgaben und dem landesweiten Durchschnitt erreicht. Wettbewerb setzt Markttransparenz voraus. Schulen, Lernangebot, Lernerfolge und Lehrer sind regelmäßig durch unabhängige Zertifizierungsagenturen zu überprüfen und zu bewerten. Die Untersuchungsergebnisse sind zu veröffentlichen. Sie dienen auch der Transparenz für Eltern, Schüler und evtl. für die Vergabe zusätzlicher öffentlicher Finanzmittel.

Welche Pläne hat Ihre Partei in Bezug auf das Landesinstitut in Soest?

Das LfS in Soest steht leider für Pleiten, Pech und Pannen. Dies hat gerade erst wieder die Durchführung der ersten landesweiten Zentralprüfung bei den Lernstandstest der neunten Klassen gezeigt. Hier wurde im Schülerheft ein angebliches Brentano-Gedicht für eine Inhaltsanalyse vorgelegt, das belegbar nicht von Brentano stammt und völlig unkritisch von einer privaten Homepage im Internet heruntergeladen worden ist. Derlei Qualitätsmängel in Soest können wir uns nicht länger leisten. Wir werden wichtige Aufgaben daher kontinuierlich dem LfS entziehen.

10. Schulen in freier Trägerschaft:

Wie wird Ihre Partei die finanzielle Unterstützung von Schulen in freier Trägerschaft gestalten?

Die FDP steht für den Erhalt eines pluralen Bildungswesens. Schulen in freier Trägerschaft stehen für Vielfalt. Sie bereichern das unter staatlicher Aufsicht und Verantwortung stehende Bildungssystem und haben eine bessere finanzielle Förderung verdient. Die FDP will, dass entsprechend der Elternnachfrage nach Privatschulen auch Bildungsangebote in freier Trägerschaft zur Verfügung stehen. ■

Anhang: Stundentafel

Das FDP-Modell für eine qualitätsorientierte Schulzeitverkürzung sieht 197 Stunden für die Sek. I und 68 Stunden für die Sek. II vor:

Klasse	5	6	7	8	9	10	Gesamtwochenstunden
Lernbereich/Fach							
Religionslehre	2	2	2	2	2	2	12
Deutsch	5	4	4	4	4	4	25
1. Fremdsprache	5	4	4	4	4	4	25
2. Fremdsprache (WP I)		4	4	4	3	3	18
Mathematik	5	4	4	4	4	4	25
Biologie	2	2	1	2	2	2	25
Chemie				2	2	2	
Physik			2	2	2	2	
Erdkunde	2		2		2		24
Geschichte	2	2	2	2	2	2	
Politik		2	2			2	
Kunst	2	2	1 ¹⁾	1 ¹⁾	1 ¹⁾	2 ²⁾	16
Musik	2	2	1 ¹⁾	1 ¹⁾	1 ¹⁾		
Sport	3	3	3	2	2	2	15
WP II ³⁾				4	4	4	12
Wochenstunden	30	31	32	34	35	35	197

Anmerkungen:

WP I bzw. II = Wahlpflichtbereich I bzw. II

¹⁾ Epochenunterricht im Wechsel

²⁾ alternativ nach Wahl

³⁾ Differenzierungsangebot in 3. Fremdsprache, Naturwissenschaften, Informatik, Gesellschaftslehre, [als 4-stündige oder 2 × 2stündige Folgekurse (außer 3. FS)]